

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1926

114 (19.5.1926)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtgebiet monatlich 1,70 Mark, Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101.



Anzeigenberechnung: Die 8 gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag 1/2 Uhr vorm. Für Plagatschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem od. Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 114

Mittwoch, den 19. Mai 1926

96. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Im Reichstag wurde am Dienstag der deutsch-spanische Handelsvertrag gegen Kommunisten und Baskische angenommen.

Am Mittwoch wird Reichstanzler Dr. Marx im Reichstag die Regierungserklärung verlesen. Statt eines Vertrauensvotums soll eine Billigungsformel eingebracht werden.

Im Untersuchungsausschuß des Reichstages über die Ursachen des Zusammenbruchs erstattete Admiral Brüninghaus (D. Sp.) seinen Gegenbericht gegen Dittmann (Soz.) über die Ursachen der Flottenmeuterei.

In der in Genf zusammengetretenen Abrüstungskonferenz des Völkerbundes wurde der Holländer Loudon zum Vorsitzenden gewählt.

In der Genfer Abrüstungskonferenz gab der deutsche Vertreter Graf Bernstorff eine Erklärung zum Abrüstungsprogramm des Völkerbundes ab.

Deutscher Reichstag

Berlin, 18. Mai.

Auf der Tagesordnung am Dienstag stand im Reichstag zunächst die zweite Lesung der Handelsabkommen mit Spanien, Portugal und Honduras, sowie das Zusatzabkommen zum deutsch-französischen Handelsvertrag.

Abg. Haas (Dn.) empfiehlt als Berichterstatter die Annahme der Verträge mit Spanien und Portugal, während Frau Abg. Sender (Soz.) im Namen des Ausschusses die Annahme der Verträge mit Honduras und Frankreich befürwortet.

Abg. Dr. Dejeune-Jung (Dn.) erklärt, daß die schwersten grundsätzlichen Bedenken, die gegen den früheren deutsch-spanischen Vertrag geltend gemacht werden mußten, durch den neuen Handelsvertrag beseitigt seien. Jeder Exportfiktionalismus auf Kosten der deutschen Landwirtschaft müsse zum schwersten Schaden für die deutsche Exportfähigkeit selbst ausschlagen. Die Bedeutung der kleinbäuerlichen Betriebe wird vielfach unterschätzt. Zwischen Industrie und Landwirtschaft müsse eine handelspolitische Einheitsfront geschaffen werden. (Beifall rechts.)

Abg. Frau Sender (Soz.) wirft der Regierung vor, die Verhandlungen mit Spanien im Interesse einer Sondergruppe ungebührlich verzögert zu haben. Man habe die landwirtschaftlichen Interessen zu stark in den Vordergrund geschoben.

Abg. Hamles (D. V.) erkennt die Tätigkeit der deutschen Delegation an, meint aber, daß der deutsch-spanische Vertrag nicht alle Forderungen der deutschen Wirtschaft erfülle. Trotzdem werde die Deutsche Volkspartei für den Vertrag stimmen.

Abg. Meyer-Berlin (Dem.) mißt den Deutschnationalen die Schuld bei, wenn die Beziehungen unserer Industrie seit Jahr und Tag in Verwirrung geraten sind. Es könne keine Rede davon sein, daß der spanische Handelsvertrag von der Industrie und vom Exporthandel begrüßt werde.

Abg. Wisfel (Soz.) stellt mit Genugtuung fest, daß ohne die Sozialdemokratie kein Handelsvertrag mehr abzuschließen würde. Die Sozialdemokraten seien keine Exportfiktionalisten.

Abg. von Graefe (Döfl.) lehnt alle Verträge ab.

Sämtliche Handelsverträge werden dann in zweiter und dritter Lesung gegen Kommunisten und Baskische angenommen. Gegen das französische Abkommen stimmen auch die Deutschnationalen.

Angenommen wird der deutsch-estnische Konjunkturvertrag.

Es folgt die Beratung eines völkischen Antrags zur Aufhebung des Gesetzes zum Schutze der Republik. Der Rechtsausschuß schlägt Ablehnung vor.

Abg. Kube (Döfl.) bekämpft das Republikchutzgesetz, das eine unerhörte Ausnahmemaßnahme sei. Der Gewaltbereich Severings und seiner zionistischen Umgebung müsse endlich ein Ende gemacht werden. Severing habe durch seine Subtilität die bayerische Regierung in München dauernd bespitzelt lassen. Das neue bayerische System sei gekennzeichnet durch die Namen Heilmann, Severing, Barmat. Die Denunziation der Reichswehr durch Heilmann sei hoch- und Landesverrat. Heilmann hätte hinter Schloß und Riegel aesezt werden müssen.

Abg. Dr. Rosenberg (Komm.) stimmt dem völkischen Antrag auf Aufhebung des Schutzgesetzes zu, lehnt die völkische Begründung aber ab.

Abg. von Freitag-Voringshoven (Dn.) teilt mit, daß die deutschnationale Fraktion für den völkischen Antrag stimmen werde. Die neueste Putschschmach zeige, welcher Mißbrauch mit diesem Gesetz betrieben werden könne. Die Hausfuchungen seien durchaus angelegentlich gewesen. Ein Verfassungsverstoß sei kein Hochverrat.

Die Reichskabinette seit 1918

Anlässlich des Sturzes des Reichskabinetts Luther drängt R. J. der Gedanke nach der Zahl der seit November 1918 schon im Amt gestandenen Kabinette auf. Es waren insgesamt 14 Kabinette, und zwar:

1. die Regierung der Volksbeauftragten vom 10. November 1918 bis 13. Februar 1919;

2. das Kabinett Scheidemann (Zentrum, Sozialdemokratie und Demokratie) vom 13. Februar 1919 bis 20. Juni 1919;

3. das Kabinett Bauer aus Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten vom 20. Juni 1919 bis 26. März 1920;

4. das Kabinett Hermann Müller aus Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten vom 26. März 1920 bis 20. Juni 1920;

5. das Kabinett Fehrenbach aus Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokraten vom 20. Juni 1920 bis 4. Mai 1921;

6. das Kabinett Wirth aus Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten vom 9. Mai 1921 bis 22. Oktober 1921;

7. das zweite Kabinett Wirth aus der weiteren Partei des Bayerischen Bauernbundes vom 26. Oktober 1921 bis 13. November 1922;

8. das Kabinett Cuno aus Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei und Sachminister vom 22. November 1922 bis 12. August 1923;

9. das erste Kabinett Stresemann aus der Großen Koalition vom 11. August 1923 bis 2. Oktober 1923;

10. das zweite Kabinett Stresemann aus der Großen Koalition ohne Hilferding mit Graf Kanitz und Luther, vom 2. Oktober 1923 bis 1. November 1923;

11. Das bürgerliche Minderheitskabinett Stresemann aus Deutscher Volkspartei, Zentrum und Demokraten vom 1. November 1923 bis 23. November 1923;

12. das Kabinett Marx aus Zentrum, Deutscher Volkspartei und Demokraten, Vizekanzler Dr. Jarres vom 1. Dezember 1923 bis 15. Januar 1925;

13. das erste Kabinett Luther mit Dr. Stresemann (Auszärtiges), Schiele (Inneres), Dr. Brauns (Arbeit), Dr. Gehler (Reichswehr), Stinag (Post), Dr. Neuhaus (Wirtschaft), Graf v. Kanitz (Ernährung), v. Schlieben (Finanzen), Dr. Krohne (Verkehr), Frenken (Justiz), also aus Deutschnationalen, Deutscher Volkspartei, Zentrum und Bayerischer Volkspartei vom 15. Januar 1925 bis 5. Dezember 1925;

14. das zweite Kabinett Luther mit Stresemann, Dr. Kütz (Inneres), Dr. Reinhold (Finanzen), Dr. Curtius (Wirtschaft), Dr. Brauns, Dr. Marx (Justiz), Dr. Gehler, Stinag, Dr. Krohne, Dr. Haslinger (Ernährung), also aus Demokraten, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Bayerische Volkspartei, ein Minderheitskabinett vom 20. Januar 1926 bis 12. Mai 1926.

Die polnische Staatskrise

Der Zug des Marschalls Pilsudski nach Warschau wirkt ein grelles Schlaglicht auf die Zustände, die Polen schon von jeher in der ganzen Welt als das Land erscheinen ließen, dessen Volk schlechthin unfähig ist, sich selbst die staatliche Ordnung zu garantieren. Es war in den Jahrhunderten der Geschichte des selbständigen polnischen Staatswesens immer wieder zu konstatieren, daß zwar der Staat an sich lebensfähig war, daß aber die polnische Einwohnerschaft nicht zum Staatsvolk taugte. Wie das polnische Königreich einst unter dieser Last litt, so jetzt auch die Republik. Die furchtbare Zerklüftung im polnischen Volke, die Korruption in den führenden Schichten und im Beamtenstand, die Gegenläufe in der Armee haben ausschlaggebend zu der unhaltbaren Situation beigetragen, in der als letzte Rettung Marschall Pilsudski zum Bürgerkriege seine Zuflucht nahm. Die Verhältnisse hatten sich in Polen derart zugekippt, daß ein Staatsstreich überhaupt nicht mehr überzähren konnte. Wo man auch immer hinblickte, überall Elend und wirtschaftliche Not, Unzufriedenheit, Unsicherheit, Hilflosigkeit und deshalb auch wachsende Korruption, Verrat einer Partei an der anderen, Banalität jeder Politik und schließlich die Unmöglichkeit, überhaupt noch eine aktionsfähige Regierung zu schaffen. Es gab nur zwei Wege, das Uebel zu beseitigen. Beide sind sich in ihrem Wesen und ihrer Form nach gleich: entweder die Diktatur von rechts oder die Diktatur von links. Mit dem Kabinett Witos, das der polnische Staatspräsident Wojciechowski, einst neben Pilsudski Vorkämpfer der polnischen Arbeiterbewegung, vor wenigen Tagen eingesezt hatte, war das Stichwort für eine Rechtsdiktatur gegeben. Den Anhängern Pilsudski und dem Marschall selbst blieb in diesem Augenblick nichts anderes übrig, als nun seinerseits zum offenen Angriff vorzugehen, zumal die ersten Amtshandlungen des Bauernführers Witos eine starke Proklamtion der Linkselemente darstellten.

Pilsudskis Ansehen ist in den letzten Monaten erneut gestiegen. Ihm, der Marschall, der an der Wiege des neuen polnischen States gestanden, subtelten die bedrängten Massen der Bevölkerung zu, weil sie in ihm den Retter aus der wirtschaftlichen Misere des Landes sahen, die außenpolitische Größenwahn fast ausschließlich verschuldet hat. Pilsudski selbst ist heute natürlich in erster Linie Militär. Er hat aber keine andere Möglichkeit als, getragen von den Massen der Bevölkerung und gestützt auf gewisse Formationen des Heeres, seinen rechtsradikalen Rivalen im Heere entgegenzutreten. So nahm er denn gern die Ovationen entgegen, die ihm von der Linken dargebracht wurden, jener Kreise, die trotz ihrer sozialistischen Einstellung von einem geradezu erstaunlichen National-Volentum durchdrungen sind. Dadurch wird Pilsudski selbst seiner Tradition gerecht. Schon als Student war er, linksradikal eingestellt, an einem Attentat gegen den Zaren von Ruß-

land beteiligt, wofür er fünf Jahre nach Sibirien verbannt wurde. Er hat dann später an maßgebender Stelle in der polnischen Arbeiterbewegung gestanden, wurde ein zweites Mal von den Detektiven des Zaren verhaftet, floh ins Ausland und organisierte von Krakau aus den Kampf der polnischen sozialistischen Partei gegen die Krute des russischen Despotismus. Ein Mann von Energie und Weitblick hat er nach der Revolution bis Ende 1922 das Amt des polnischen Staatspräsidenten bekleidet. Als er seinen Abschied nahm, waren die Kräfte im Erstarken, die den Ruin der polnischen Republik so schnell heraufbeschworen haben. Es konnte nicht überraschen, daß zur selben Zeit Marschall Pilsudski immer mehr in den Hintergrund gedrängt wurde, bis er jetzt erneut zum Schwerte griff, um im Bürgerkrieg sein Land zu retten.

Gegenregierung in Polen

Wie die Morgenblätter aus Warschau melden, ist in Polen eine Gegenregierung ausgerufen worden, die sich aus dem General Haller, dem Vizemarschall Plocinski und Pasctowski zusammensetzt. Die Truppen Pilsudskis stehen mit den Streitkräften Hallers bereits westlich von Lodz in Fühlung. Es sollen bereits größere Gefechte stattgefunden haben. Auch aus anderen Gegenden werden Gefechte gemeldet. 25 Kilometer von Lodz entfernt befinden sich mehrere Abteilungen der Hallertruppen auf dem Marsch nach Warschau.

Warschau, 18. Mai. Das allgemeine Interesse konzentriert sich jetzt auf die Entscheidung der rechtsparteilichen Führer in Polen, die gegen die Einberufung der Nationalversammlung nach Warschau protestiert haben. Man glaube jedoch, daß auch in Polen bald wieder eine Beruhigung der Gemüter eintreten wird, und daß die Bemühungen der Generale Haller und Musnicki, eine Freiwilligen-Armee gegen Pilsudski zu bilden, nicht den gewünschten Erfolg haben werden. Die sozialistische Partei fordert die Arbeitererschaft zu weiterem rücksichtslosem Handeln gegen die Rechte auf und strebt nach einer Arbeiter- und Bauernregierung. Sie erklärt, alle ihre Energie und Kräfte einzusetzen zu wollen, für die Durchführung sozialer und politischer Reformen.

Deutschland.

Am Mittwoch Regierungserklärung

Berlin, 18. Mai. Nach einem Beschluß des Vorkonferenzrates des Reichstages wird morgen Mittwoch in einer Sitzung um 12 Uhr mittags der Nachtragset für 1925 erledigt werden. In einer zweiten Sitzung, die eine halbe Stunde nach Schluß der ersten beginnen soll, wird die Regierungserklärung entgegengenommen werden und gleichzeitig in die Aussprache eingetreten werden. Die Abstimmungen über eventuell einzubringende Vertrauens- oder Mißtrauensanträge sollen gleichfalls noch morgen vorgenommen werden. Das Haus wird dann in die Pfingstferien eintreten, die bis einschließlich 6. Juni andauern sollen. Vom 17.-19. Juni wird voraussichtlich wegen des Volkenscheids am 20. Juni eine Pause in den Plenarverhandlungen eintreten. Außerdem soll bestimmt daran festgehalten werden, am 26. Juni oder spätestens am 2. Juli die Sommerferien zu beginnen.

Die Vorstellung des neuen Kabinetts

Berlin, 18. Mai. Der „Täglichen Rundschau“ zufolge wird sich das neue Kabinett dem Reichstag mit einer Regierungserklärung vorstellen, die nur ganz kurz und formaler Natur sein werde. Auch die Parteien würden sich in der Hauptsache auf die Abgabe einer kurzen Erklärung beschränken, sobald man hoffe, die Debatte über die Regierungserklärung bereits am Mittwoch zu Ende führen und am Donnerstag die Pfingstferien beginnen lassen zu können. Ein Vertrauensvotum werde, dem genannten Blatt zufolge, nicht verlangt werden.

Der Ausschuß zur Schaffung der Einheitsflagge

Berlin, 18. Mai. Nach den Blättern beabsichtigt die Reichsregierung, nach Pfingsten dem Reichstag einen besonderen Antrag auf Bildung eines Ausschusses zur Schaffung einer Einheitsflagge vorzulegen. Es ist beabsichtigt, daß an diesem Ausschuß nicht nur Parlamentarier, sondern auch Historiker teilnehmen sollen.

Sachsen gegen die Flaggenverordnung

Dresden, 18. Mai. Die sächsische Regierung hat ihren Vertreter beim Reichsrat angewiesen, sich dem preussischen Einspruch gegen die Flaggenverordnung anzuschließen.

Ausland.

Die Abrüstungskonferenz

Genf, 18. Mai. Die erste Tagung des Vorbereitungs-ausschusses für die Abrüstungskonferenz ist Dienstag vormittag 11 Uhr in öffentlicher Sitzung zusammengetreten. In dem Ausschuß sind 20 Staaten mit ungefähr 100 Delegierten und Sachverständigen vertreten. Die Presse aller Länder ist stärker vertreten als in der vergangenen Woche.

Der Ausschuß wählte zum Präsidenten Loubon-Holland, zum ersten Vizepräsidenten Cobian-Spanien und zum zweiten Vizepräsidenten Buero-Uruguay. In den Arbeiten nahmen außer den 10 Ratsstaaten noch folgende 10 Staaten teil: Deutschland, die Vereinigten Staaten, Holland, Finnland, Polen, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Argentinien und Chile.

Eine Erklärung des deutschen Vertreters auf der Abrüstungskonferenz

Genf, 18. Mai. Der Führer der deutschen Delegation im Vorbereitungsausschuss für die Abrüstungskonferenz Graf Bernstorff hat in der Generaldebatte eine Erklärung abgegeben in der es heißt: Die Regierung und die öffentliche Meinung der deutschen Republik haben mit viel Interesse und Sympathie alle Versuche des Völkerbundes zur Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen verfolgt. Aus stillen Gelüsten muß für die Zukunft die Vermeidung eines neuen Krieges angestrebt werden. Ebenso fordert dies die Politik, weil die Geschichte uns lehrt, daß übertriebene Rüstungen immer zum Kriege führen und hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage wird niemand bestreiten, daß die durch den letzten Krieg verarmte Welt auf die Dauer keine schweren Rüstungen tragen kann. Nach dem Versailles-Vertrag soll die Abrüstung Deutschlands das Vorbild zu einer planmäßigen allgemeinen Abrüstung durch den Völkerbund sein, die übrigens ausdrücklich durch das Protokoll von Locarno vorsehen ist. Auf Grund der erwähnten Vereinbarungen hat das deutsche Volk vollkommen abgerüstet. Das Ziel wird nach unserer Ansicht um so leichter zu erreichen sein, je mehr wir die Zahl der zu behandelnden Fragen begrenzen. Wie die Initiative der deutschen Regierung, die zu dem Abkommen von Locarno geführt hat, zeigt, ist unsere Außenpolitik, wie ich erneut feststellen möchte, vollständig von dem Vertrage und dem Geiste von Locarno getragen. In dem gleichen Geiste müssen wir an die Abrüstungsfrage herantreten. Ohne Abrüstung wird der Völkerbund niemals erfolgreich arbeiten können. Solange es auf der einen Seite übermäßig gerüstete Völker gibt und wieder andere, durch Rüstungen nicht einmal für ihre eigene Sicherheit anscheinend, wird die Durchführung der Völkerbundsatzung erheblichen Schwierigkeiten begegnen. Deutschland, das seine Verpflichtung zur Abrüstung so vollständig erfüllt hat, darf mit gutem Recht erwarten, daß die anderen Nationen ihm auf diesem Wege folgen werden, woraus sich für Europa, für die ganze Welt ein Zustand dauernder Befriedigung und gegenseitigen Vertrauens ergeben wird.

Um die ständigen Mitglieder im Völkerbundsrat

Genf, 18. Mai. Die endgültige Stellungnahme des Ausschusses über die Ansprüche auf ständige Ratsitze, die nur noch von Brasilien und Spanien aufrechterhalten werden, sowie die Festlegung der Gesamtzahl der Ratsmitglieder wird erst einer zweiten Sitzung des Prüfungsausschusses vorbehalten, die provisorisch auf den 28. Juni angesetzt wurde, aber vom Präsidenten Motta auf Veranlassung des Völkerbundsrates evtl. verschoben werden kann, falls sich bis dahin Brasilien und Spanien noch nicht für eine Vereinbarung auf Grund der durch den jetzt angenommenen Entwurf gehaltenen Möglichkeit entschieden haben sollten. Der Prüfungsausschuss hat nach einer langwierigen Diskussion über die Forderungen Uruguays und Chinas auf grundsätzliche Zuteilung von 3 nichtständigen Ratsitzen an Südamerika und 2 nichtständigen Ratsitzen an Asien und Länder, die nicht zum europäischen bzw. amerikanischen Kontinent gehören, seine erste Tagung abgeschlossen und den von dem Präsidenten Motta vorgelegten Bericht nach einigen Abänderungen einstimmig angenommen.

Die französisch-englischen Schuldverhandlungen

Paris, 18. Mai. Die Berichte der Blätter über die erste Zusammenkunft zwischen dem französischen und dem englischen Finanzminister lauteten nicht sehr hoffnungsvoll. Gestern abend erklärte Verey der Presse, er werde wahrscheinlich noch eine Reise nach London machen müssen, da diesmal keine endgültige Regelung erfolgen würde. Er werde am Mittwoch nach Paris zurückreisen und vielleicht im Juni erneut nach London kommen.

Zur Fahrt der „Norge“

Newport, 18. Mai. Lincold Elsworth berichtete einem Vertreter der „Associated Press“ in Rom: Das Meer in der Gegend des Nordpols sei zum großen Teil offen gewesen. Man habe am Pol seltsame Inseln gesehen, die aber kaum als Land betrachtet werden könnten. Amundsen, Ellsworth, Kapitän Wisting und Omdahl warten in Rom auf den Dampfer, der sie nach den Vereinigten Staaten bringen soll.

Franziska.

Der Roman einer Opernfängerin
Von Lisbeth Dill

Copyright by M. Feuchtwanger, Halle a. d. S.
38. Fortsetzung.

Hasse ging es wie den heftigen, aufbrausenden Temperamenten, er konnte sich nicht beherrschen, wenn er dem Opfer gegenüberstand: war er aber allein, so legte sich sein Zorn, und es trat an seine Stelle die innere Gerechtigkeit, die ihn milder denken ließ. Dann schämte er sich und machte mit kostbaren Geschenken wieder gut, was er verdorben.

Er ging in den Juwelierladen, kaufte das Armband, das Franziska so sehnsüchtig betrachtet hatte, und brachte es ihr des Abends mit.

Er hatte Franziska bereits Brillantschmuck und Pelzwerk geschenkt. Wenn sie alle diese Stücke betrachtete, fielen ihr immer die heftigen Szenen ein, die dem Geschenk vorausgegangen waren, denen sie den Schmuck verdankte, und sie konnte sich nicht recht darüber freuen. Franziska liebte Schmuck, weil er ihre Schönheit hob, aber sie ging auch achtlos mit ihrem Schmuck um und verlor ihn häufig, ohne sich darüber zu grämen. „Ich brauch' ja nur einmal wieder von dir so recht ausgezankt zu werden“, sagte sie lachend zu Hasse, „dann krieg' ich, was ich will.“

Sie nahmen das Abendessen, das Franziskas Jungfer bereitet hatte, in Frieden ein. Beim Kaffe fragte Hasse: „Warum dachtest du das von dem jungen Mädchen, Franziska?“

„Nun, weil ich finde, es wäre eine gute Frau für dich. Sie ist brav, nicht gutmütig, aber gut erzogen, konventionell, wie ihr sie braucht. Sie wird dir treu bleiben und sich dir unterordnen, und das alles werd' ich niemals sein und tun...“, Fred“, sagte sie, indem sie ihre Hand aus der seinen befreite, und sie erhob sich von dem Sofa.

Schwere Verluste der Spanier in Marokko

Tanger, 18. Mai. Nach einer Meldung aus Alhucemas haben die Spanier bei ihren Operationen schwere Verluste erlitten. Eine Abteilung der Fremdenlegion von 360 Mann soll bis auf den letzten Mann getötet oder gefangen genommen worden sein. Karavane in Alhucemas senden ihre Warenvorräte nach Melilla zurück in Erwartung eines baldigen starken Angriffes Abd el Krims. Mehrere hundert Soldaten der Fremdenlegion sind in der Nähe von Tetuan gefangen genommen worden.

London, 18. Mai. Die vor den spanischen Linien zwischen Zenta und Tetuan wohnenden Gebirgsstämme der Andjeras sollen sich, wie der Korrespondenz der „Times“ aus Tanger berichtet wird, gegen die Spanier erhoben haben. Die fünf Hauptortler der Beni Mjaur seien bereits von ihnen in Brand gesteckt worden. Mit der Zerstörung dieser Dörfer falle das Gebiet der Beni Mjaur in den Besitz Abd el Krims zurück.

Aus Baden

Badischer Landtag

Karlsruhe, 17. Mai. Im Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung wurde die Beratung über die Aufwertung der Sparkassenscheine fortgesetzt, wozu inzwischen weitere Gesuche eingegangen sind, desgleichen auch Anträge aus der Mitte des Ausschusses. Die Landesversicherungsanstalt Baden erstreckt in einer Eingabe für die Ablösung der von ihr gewährten Gemeindeforderungen eine höhere Aufwertung als 12,5 Prozent. Es handelt sich dabei um die Aufwertung von Darlehen, die die Landesversicherungsanstalt an Gemeinden zur Weiterleitung an Private für Zwecke des Wohnungsbaues gegeben wurden. Ein Regierungsvizepräsident sprach die dringende Bitte aus, es bei der gleichmäßigen Behandlung der Sparkassenscheine und der Anteilbegläubigten zu belassen. Nach längerer Debatte wurde bei drei Enthaltungen (zwei Demokraten und ein Kommunist) beschlossen, daß durch Verordnung die gleichartige Behandlung, jedoch ohne Rückwirkung zwingend vorgeschrieben werden soll. Ferner wurde mit allen gegen eine kommunistische Stimme ein Einheitslosh von 12,5 Prozent festgesetzt. Die Rückzahlung soll grundsätzlich 1932 und 1940 erfolgen. Einem Zentrumsantrage wegen vorläufiger Befriedigung von Hilfsbedürftigen und alten Leuten wurde in der Aussprache im allgemeinen zugestimmt; doch gingen über Einzelheiten die Ansichten auseinander. Man hofft eine Lösung zu finden, für welche alle Parteien eintreten werden. Es besteht die Absicht, die Angelegenheit alsbald im Plenum zur Verhandlung zu bringen, damit im Interesse der Sparkassen und ihrer Gläubiger Klarheit geschaffen und möglichst rasch eine entsprechende Verordnung erlassen werden kann.

Evangelische Landesynode

Karlsruhe, 17. Mai. Im Plenarsitzungsraum der Landtagskammer Montag vormittag die Evangelische Landesynode zu ihrer diesjährigen Tagung zusammen, die vom Prälaten Kühmeier mit Gebet und einer eindrucksvollen Predigt über den Pfingstgeist eingeleitet wurde. Darauf hieß der Vorsitzende, Banddirektor Keller-Freiburg die Synodalen herzlich willkommen. Er bat Gottes reichsten Segen für die Verhandlungen und erbat sich die inwieweit verstorbenen Mitarbeiter, zu deren Ehren die Versammlung von den Seiten erhob. Oberkirchenpräsident Dr. Würth entbot dem Hause den Gruß der Kirchenregierung und gab einen Bericht über das evangelische kirchliche Leben in Gemeinde und Schule. Nach dem Bericht des Oberkirchenrates hat die Zahl der Austritte aus der evangelischen Landeskirche in den letzten zwei Jahren etwas zugenommen; es erfolgten 936 Austritte im Jahre 1924 gegen 762 im Jahre 1923. Sinesen erfolgten Uebertritte zur evangelischen Kirche 287 im Jahre 1923 und 326 im Jahre 1924. Die Mehrzahl der Austritte wurde durch die in den letzten Jahren besonders lebhaft verbreitete der Sekten verursacht. Gottesdienst- und Abendmahlbesuche sind — von wenigen Ausnahmen abgesehen — fast in allen Kirchenbezirken in tiefem Aufschwung begriffen. Ueberall — so laut der oberkirchenräthliche Bericht — erscheint freilich auch die Klage über Beinträchtigung und Störung des Gottesdienstes wie überhaupt der Sonntagsruhe durch sportliche und weltliche Veranstaltungen und der Wunsch, es möge staatlichseits eine Beschränkung der Sport- und Festwelt erreicht werden, von der besonders die Jugend zu befehlen ist. Der Redner versicherte mit Genugthuung die zunehmende Erkenntnis, daß ohne Religion keine Erziehung, kein sittlicher Aufstieg und keine wirtschaftliche Besserung möglich sei. Die Stockholmer Konferenz, der Präsident Dr. Würth anwesend hat, sei ein gewaltiges Bekenntnis zu Christus gewesen, ohne den die Völker nicht gesunden können.

nen. Eine ihrer höchsten Aufgaben sei es, die Wege der Jugend und wirtschaftlicher Art zu mildern und die Lage der Berufenen zu bessern. Das Ringen um die Seele des Arbeiters und des Arbeitgebers habe leider noch nicht zu einem befriedigenden Ziele geführt. Der Präsident stellte sodann mit Bedauern fest, daß im öffentlichen und Staatsdienst der evangelische Einfluß stark zurückgedrängt worden sei. Auch besaate er den manuellen Nachwuchs an evangelischen Lehrern und Geistlichen sowie die Schwierigkeiten der Steuererhebung. Auf der nächsten Synode wird der gesamte Komplex des Religionsunterrichtes an den Fach- und Fortbildungsschulen zu ordnen sein.

Zur Geschäftsordnung richtete der Synodale Dr. Tren mens der Liberalen an die Kirchenregierung die Frage, ob bereits ein Auflösungsbeschluss für die gegenwärtige Synode vorliege, da nach Zeitungsmedlungen am 4. Juli die Neuwahlen stattfinden sollen. Beibehaltungsfalls müsse er der Synode das Recht bestreiten, so tagen. Auf Antrag des Präsidenten Dr. Würth wurde die Sitzung auf kurze Zeit unterbrochen und die Mitglieder der Kirchenregierung sahen sich zur Beratung zurück. Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilte Präsident Dr. Würth mit, daß die Kirchenregierung unterm 11. Mai Wahlen auf den 4. Juli ausgeschrieben hat. Es habe niemand daran gedacht, die Rechte dieser Synode zu verletzen. Das Vorgehen der Kirchenregierung sei nicht ungesetzlich. Die Synode früher einzuberufen war nicht möglich, da der Vorschlag nicht eber vorzulegen werden konnte. In der Aussprache wandten sich die Synodalen der Liberalen gegen die Auffassung der Kirchenregierung. Die Synode sei auf 6 Jahre gewählt und die Amtszeit ache im November zu Ende. Trifftige Gründe für die Auflösung lägen nicht vor. Es müsse geprüft werden, ob das Zusammenbrechen des Auflösungsbeschlusses mit den Vorbereitungen gesetzmäßig sei. Die Redner der Positiven und Landeskirchlichen Kreislänge billigten das Vorgehen der Kirchenregierung, zu dem sie durch aus berechtigt sei. Auch müsse man ihr danken, daß eine Beiräthung der kirchlichen Wahlen mit den politischen Gemeindeführern im Herbst vermieden wird. Nachdem ein Antrag der Liberalen auf Unterbrechung der Sitzung zwecks Stellungnahme zu der kritischen Frage in der Pralation abgelehnt worden war, wurden der Vorschlag, die Vorlagen und Eingaben an die zuständigen Ausschüsse überweisen. Die nächste Vollsynode wird in der kommenden Woche stattfinden.

Karlsruhe, 18. Mai. (Tödlicher Unfall.) In der Nacht zum Sonntag stürzte ein 65 Jahre alter, verwitweter Schneidemeister in einem Hause der Morgenstraße vor dem Treten seiner im fünften Stock gelegenen Wohnung über das Treppengeländer hinab und zog sich dabei so schwere innere Verletzungen zu, daß nach einigen Stunden der Tod eintrat.

Karlsruhe, 18. Mai. (Tagung.) Der Bund erblindeter Krieger, Bezirk Baden hielt hier seine Jahresversammlung ab, mit der gleichzeitig die Feier des zehnjährigen Bestehens verbunden war. Der Sonntag brachte eine öffentliche Sitzung von etwa fünfzshndiger Dauer. An derselben nahmen als Vertreter der Regierung der Minister des Innern, Kammern und der Vorsitzende des Bundes, Hauptlehrer Walter Karlsruhe, hielt die Begrüßungsansprache, in der er in kürzeren Ausführungen Ziel und Zweck des Bundes darlegte und sich über dessen Tätigkeit in dem abgelaufenen Jahre berichtete. Baden habe mit seinen 107 Kriegssoldaten in der Kriegesblindenfürsorge jahrelang an erster Stelle gestanden. Hauptaufgabe des Bundes war es, die Kriegssoldaten einer geregelten Arbeit zuzuführen, und dieses Ziel ist in Baden restlos erreicht, da sämtliche Kriegssoldaten in Baden in Stellung sind. In Baden existiere nicht ein einziger Kriegssoldat, der betteln und haupieren gehe. In der Siedlungsfrage hat der Bund erfolgreich gearbeitet. 30 Kriegssoldaten in Baden haben sich mit Hilfe der Kammerabfindung Eigenheime erwerben können. Innerhalb des Bezirks wurde eine Unterstüßungskasse gebildet, die den besonders bedürftigen Kameraden mit Gewährung von Zuschüssen zur Seite steht. Durch einen Vertrag mit dem Landesverband Bayern hat der Verband ein Erholungsheim in Söding (Bayern) erlangt. Taubstummen-Oberlehrer Meißner-Mürnberg hielt sodann einen ausführlichen Vortrag über das Thema: „Änhere Forderungen im Lichte psychologische Betrachtungen“. Der Minister des Innern, Kammern, beglückwünschte namens der badischen Regierung den Bund zu seiner Tätigkeit und zu seiner Geschlossenheit. Der Bund könne stolz sein auf die von ihm geleistete Arbeit. Die badische Regierung könne natürlich zurzeit bindende Zusagen nicht machen, werde aber alle Wünsche und Fragen eingehend prüfen und sichere ihre Unterstützung in weitestgehendem Maße zu. Abg. Bauer betonte, daß er die roten

„Ich bleibe immer ich... das ist der Unterschied. Und ich weiß nicht.“

Sie hielt inne und steckte eine Haarlocke zurück und starrte vor sich hin aus dem Fenster, hinter dem der Nebel quoll wie eine weiße Wolke.

„Was weißt du nicht?“ sagte er scharf, den ihre Worte wie Messerstücke trafen. Er zwang sie, ihn anzusehen. Sie wartete einige Augenblicke, dann sagte sie leicht: „Ach, lass das, Fred, es ist nun einmal so, ich hab' dich lieb... siehst du, du bist der einzige, ritterliche Mann, der mir je begegnet ist. Du würdest ohne weiteres für mich sterben, und du bist der einzige, der mich mitnehmen könnte, obwohl ich das schöne Leben so liebe wie dich.“ Und sie warf sich in seinen Arm. „Fred, ich bitte dich, genieße unser Zusammensein, denk' nicht an das, was morgen kommt, es ist so schön jetzt, wer weiß, was uns die Zukunft bringt. Ich will sie nicht wissen, will an keine Prophezeiungen denken — aber es hat mir eine Zigeunerin dieses zum drittenmal dasselbe wiederholt.“ Und sie erzählte ihm, niedergekauert auf dem Diwan, was die Alte gesagt.

Hasse schwieg. „Ach, Unsinn“, sagte er dann. „Glaub doch diesen Weibern nicht, die aus dem Kaffeekoch wahr-sagen oder aus der Hand. Fass' sie nicht an, diese Zigeunerbrallen. Du glaubst doch nicht im Ernst daran, Franziska?“

„Ich kann nicht anders.“

Er zog sie an sich. „Franziska“, sagte er, „ich will dir etwas sagen, was du glauben kannst. Meine Karriere, meinen Namen, meine Stellung gebe ich auf für dich. Ich habe verstanden gelernt, wie ein Fürst seinen Namen, seinen Thron, alles hergeben für ein Weib — wie man mit seinen Gewohnheiten, seiner Familie brechen, seinen Kreis aufgeben kann, um mit dieser Frau zusammen zu sein, aber, Franziska, ich verlange Treue. Ich will nicht hinter einem Weib herjagen. Ich will dich, und wenn du mein bist und es sein willst, so muß ich deiner sicher sein. Bin ich das, Franziska?“

Er ließ ihr Haupt los und sah ihr in die Augen, sein Kinn bebte, seine Augen hatten einen schillernden Ausdruck. Obwohl er ruhig sprach, hatte sie das Gefühl, daß in ihm alles in furchtbarem Kampf, in Unruhe und Qual mochte.

Sie bog sich zurück, schlang ihre Hände um seinen Hals: „Solang' ich dich liebe, bin ich dir treu“, wollte sie sagen, aber es entrang sich ihr nur ein Seufzer. „Ich hab' dich lieb“, fuhr Franziska fort, indem sie neben ihm hinankam und ihre Finger mit den seinen verflocht. „Ich bin dir treu, das ist mein fester Wille, aber es könnte sein, daß mir ein anderer Mann in den Weg träte.“

Hasse sprang auf, mit verächtlichem Lachen stieß er sie zurück. „Das ist eure Treue!“ rief er aus, ein Schwall, der sich an Zeiten bindet, ein Schwall mit Klauen!“

„So laß mich doch ausreden“, rief Franziska. „Ich sag' dir offen, wie es mit mir steht. Wenn der andere kommt, will ich kein Bestech mit dir spielen, sondern will's dir sagen: der ist's. Und dann verlang' ich...“ Sie hielt inne.

„Und dann?“ drängte er.

„Dann verlang' ich von dir, daß du mir meine Freiheit wiedergibst“, vollendete sie tonlos — und mit niedergeb-schlagenen Augen.

Hasses Gesicht verwandelte sich derartig, daß Franziska bereute, daß sie es gesagt.

„Ist es etwas Derartiges, das uns droht?“

Sie antwortete nicht, schweratmend standen sie sich gegenüber.

„Sprich!“ knirschte er. Er sah sie mit den glühenden Augen an.

Um Gotteswillen, dachte sie, er würde mich sofort er-morden. Ein Mann, der einen um einen verlegten Schlüssel umbringt — der wüßte ja nicht, was er tat, wenn ich's ihm sagte. Und was kann ich ihm sagen, wenn ich's ihm sage?

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land.

bedachten Wünsche voll und ganz unterstützte. Der Direktor des Hauptversorgungsamtes, Freidt, versicherte, daß alle Anträge der Kriegsbekämpften in wohlwollender Weise geprüft werden. Der Vorsitzende dankte in einem Schlusswort für die Ausführungen und Zusicherungen.

Karlsruhe, 18. Mai. (Ernennung.) Das Staatsministerium hat mit Entschiedenheit vom 13. Mai 1926 den Rechtsanwalt am Oberlandesgericht in Karlsruhe Franz Kaver Bonald zum badischen Gesandten und stellvertretenden Bevollmächtigten beim Reichstag in Berlin ernannt.

Karlsruhe, 18. Mai. (Ablehnung eines Antrages auf Veränderung der Geschäftsordnung des Landtages.) Der Geschäftsausschuss des Landtages beschäftigte sich mit einem demokratischen und vollparteilichen Antrag wegen Veränderung der Geschäftsordnung. Darnach sollen bei Feststellung der einstimmigen Mehrheit die Nichtabstimmenden nicht mitgezählt werden, wohl aber bei Feststellung der Zweidrittelmehrheit. Der Ausschuss war in seiner Mehrheit der Auffassung, daß der erste Teil des Antrages durchaus dem Willen der Versammlung und der bisherigen Geschäftspraxis im Landtag entspreche und daher einer speziellen Bestimmung in der Geschäftsordnung nicht bedürfe. Was den zweiten Teil des Antrages anlangt, so wurde er von der Mehrheit als im Widerspruch mit dem ersten Teil und mit dem Sinne der badischen Verfassung stehend abgelehnt. Schließlich wurde der gesamte Antrag mit 9 Stimmen des Zentrums, der Bürgertlichen Vereinigung und der Sozialdemokraten gegen 3 Stimmen (Demokraten, Deutsche Volkspartei und Kommunisten) abgelehnt.

Karlsruhe, 18. Mai. (Städtischer Etat.) Der Voranschlag der Stadt schließt mit einer Ausgabe von 30 153 300 M ab. Davon sind durch öffentliche Abgaben und Steuern, abgesehen von der Gebäudesteuer, aufzubringen 8 179 900 M (1925: 8 712 700 M). Die öffentlichen Abgaben erbringen 1 719 700 M (1925: 2 252 500 M). Aus der Reichseinkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer werden 2 700 000 M (1925: 2 700 000 M) erwartet. Durch die Gemeindesteuer auf Grundvermögen und Gewerbebetrieb einschließlich der Zugänge sind also aufzubringen 3 760 200 M (1925: 3 760 200 M). Nimmt man, wie es im Voranschlag geschieht, an, daß die Zugänge aus Gemeindesteuern 25 000 M ergeben werden, so sind durch die Umlage noch 3 735 200 M zu decken, also genau ebensoviel wie im Vorjahre. Zur Ausgleichung seines ungedeckten Aufwandes von 3 735 200 M wird bis zur Vorlage eines endgültigen Gemeindesteuerregulierungs eine Vorauszahlung in Höhe von 58 3 von je 100 M Steuerwert des Grundvermögens und Gewerbebetriebes erhoben.

Worms, 18. Mai. (Seelsorgerjubiläum.) Am 18. Mai kann der Stadtpfarrer Haack auf eine 40jährige Tätigkeit als Seelsorger und Seelsorger zurückblicken. Die Oberste Kirchenbehörde hat ihn in Anerkennung seiner großen Verdienste, die er sich besonders als ganz hervorragenden Kanzler erworben hat, zum Kirchenrat ernannt.

Baden-Baden, 18. Mai. (Aus den Parteien.) Der Landesauschuss der Deutschen Demokratischen Partei war am Sonntag hier versammelt. Der Parteivorstand, Reichstagsabgeordneter Dietrich, begrüßte die aus allen Landesparteien erschienenen Vertreter, desgleichen die Reichstagsabgeordneten Dr. Haas und Dr. Hummel und die Mitglieder der Landesfraktion. Die Beratungen galten der politischen Lage in Baden und wurden vom Parteivorstandenden Abg. Dietrich durch ein Referat über die schwebenden politischen Tagesfragen eingeleitet. Das Ergebnis der Ausschüsse war die Billigung der Politik der Landesfraktion. Der Landesauschuss war einmütig in dem Vertrauen zur Fraktion und in der Auffassung, daß zu einer Veränderung ihrer politischen Haltung zurzeit eine Veranlassung nicht vorliegt.

Kangensteinbach (Amt Durlach), 18. Mai. (118er Tag.) Hier wurde am Sonntag ein Denkmahl für die 65 Gefallenen unserer Gemeinde feierlich eingeweiht. Aus diesem Anlaß gaben sich eine stattliche Anzahl Mitglieder sämtlicher 132er Vereine des badischen Unterlandes ein Stellbilden. Es fanden Feldgottesdienste für beide Konfessionen statt, wozu die Denkmalsentzündung vor sich ging; dabei hielt Bürgermeister Schöpfle die Gedächtnisrede. Es folgten zahlreiche Kranzniederlegungen. Nachmittags bewegte sich ein Festzug der Militärvereine durch den reich geschmückten Ort.

Ladenburg, 18. Mai. (Hartnädige Selbstmörder.) Ein junger Mann wollte sich abends gegen 10 Uhr vor der Reformstraße aus in den Fluß stürzen, konnte aber von Passanten von diesem Vorhaben abgehalten werden. Kaum freigelassen, sprang der Lebensmüde die Böschung hinunter in den Neckar, wo er sofort in den Fluten verschwand. Die Leiche konnte noch nicht gelandet werden. Es handelt sich um den 19jährigen August Lüber aus Ladenbach. — In Zwoesheim verübte ein Mann namens Bismann auf eigenartige Weise Selbstmord. Er wickelte sich einen Draht mehrmals um das Handgelenk und warf das andere Ende des Drahtes hinauf auf die Hochspannungsleitung. Der Unglückliche wurde durch den elektrischen Strom auf der Stelle getötet.

Schnau, 17. Mai. (Schlageterfeier.) Die diesjährige Schlageterfeier auf dem hiesigen Friedhof am Grabe Schlageters findet wieder am ersten Pfingstfeiertag vormittags statt und wird diesmal vom dem Schlageterbund veranstaltet. Es werden am Grabe je ein Geistlicher der beiden Konfessionen sprechen, die Gedächtnisrede wird Hauptmann Wiesner-München halten. Hierauf erfolgt die Kranzniederlegung durch Abordnungen der verschiedenen Verbände.

Rehl, 17. Mai. (Badische Ratshreibratung.) Aus dem Geschäftsbericht des hier zu seiner Tagung zusammengetretenen Badischen Ratshreibrates entnehmen wir, daß der Mitgliederstand 1734 betrug, darunter 1697 aktive Mitglieder. Für 25jährige ununterbrochene Zugehörigkeit zum Verein wurde eine Anzahl Mitglieder mit dem Ehren Diplom ausgezeichnet. Das Vereinsvermögen betrug am 1. Januar 1925 etwas über 5000 Mark. Die Frage des Fernunterrichts (Aus- und Fortbildung der Gemeindebeamten) ist dadurch, daß sich über tausend Gemeindebeamte an diesem Unterrichtsstudium beteiligen, in ein greifbares Stadium eingetrückt. Die Frage wegen einer Umgestaltung bzw. Vereinfachung des Grundbuchamts-Geschäftsgebäudes, wodurch viel Zeit erspart werden könnte, ist noch nicht zum Abschluß gelangt. Eine Vorleistung bei der Regierung wegen Änderung der Gemeinde-Registrierungsordnung wurde aus Zweckmäßigkeitsgründen vorerst zurückgestellt.

— Die **Erwerbslosigkeit in Baden.** Der Arbeitsmarkt hat sich in der Berichtzeit (6. bis 12. Mai) kaum merklich gebessert. Eine Abnahme der Erwerbslosenziffer von 69 033 (Stand vom 2. Mai) um nur 140 Unterstützungsfälle auf 68 893 kann in keiner Weise befriedigen, auch wenn dieser zahlenmäßige Rückgang im wesentlichen auf Arbeitsvermittlung zurückzuführen ist. Auch der Umstand, daß sich infolge der schwachen Abnahme die Zahl der Arbeitsuchenden und die gleichzeitige (ebenfalls schwache) Zunahme der Zahl der offenen Stellen die Andrangsziffer notwendig bessern mußte, darf nicht übersehen werden. Wenn am 12. Mai auf eine beim öffentlichen Arbeitsnachweis gemeldete offene Stelle im Landesdurchschnitt nicht weniger als 46 Arbeitsuchende entfielen, muß die Lage — trotz leichter Besserung in einzelnen Berufsgruppen, das sind im wesentlichen die Saisonberufe und in etwa auch die Tabakindustrie — im ganzen immer noch als recht ernst bezeichnet werden.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Berliner Zusammenstöße. Nach einer Mitteilung des Berliner Polizeipräsidiums haben die Kundgebungen der Rechtsverbände, die am Samstag mittag in zwanzig Bezirken Berlins stattfanden, im großen und ganzen einen ruhigen Verlauf genommen. Die Polizei hatte starke Kräfte aufgebildet, die marschierende Züge auf Lastwagen begleiteten. Insgesamt kam es an 40 Stellen zu Zwischenfällen, die jedoch eine größere Bedeutung nicht erlangten. Nach der Kundgebung der Rechtsverbände versuchten Züge des Roten Frontkämpferbundes noch Gegenkundgebungen zu veranstalten, die aber von der Polizei leicht zerstreut wurden. Insgesamt wurden 115 Personen festgenommen.

Die „Norge“ mit Manbach-Motoren ausgerüstet. Wie uns von den Manbach-Motorenbauwerken, die bekanntlich zum Zeppelinbau gehören, mitgeteilt wird, ist das Luftschiff „Norge“, mit dem Umwänden bekanntlich seinen Nordpolsturz unternommen hat, mit Manbach-Motoren von 200 Pferdekraften ausgerüstet.

Zur Kabinettstürze in Jugoslawien. Der König beauftragte Uzunowitsch mit der Bildung der neuen Regierung. Dieser ist geneigt, mit der slowakischen Bauernpartei zusammenzuarbeiten, wünscht aber, daß sich Raditsch zurückziehe.

Der demokratische Reichsparteivorstand einberufen. Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, hat der Vorsitzende der demokratischen Partei zur Vorbereitung der politischen Lage und Stellungnahme zum Volkenscheid den demokratischen Reichsparteivorstand für Donnerstag dieser Woche zu einer Sitzung im Reichstagsgebäude einberufen.

Unterzeichnung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages. Der Handels- und Schiffsvertragsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Schweden ist unterzeichnet worden.

Ein Todesopfer des Flagenstreites. Wegen der Flagenfrage gerieten in einer Wirtschaft in Eberfeld einige Leute in einen Streit. Nach dem Verlassen der Wirtschaft wurde die Auseinandersetzung auf der Straße fortgesetzt. Es kam zu blutigen Kämpfen, bei denen ein Kaufmann zwei Messerstücke in die Brust erhielt, die seinen sofortigen Tod herbeiführten.

Ein Laikauto mit 36 Personen verunglückt. Die Breslauer Neuesten Nachrichten melden aus Goldberg: An der Brücke bei Hühlich stürzte nachts das Laikauto eines Gesangsvereins die Böschung hinab. Die Insassen, 36 Sänger, erlitten familiär Verletzungen, z. T. sehr schwerer Natur.

Eine Lösung der jugoslawischen Regierungskrise. Es ist gelungen, zu einer Vereinbarung zwischen dem Ministerpräsidenten Uzunowitsch und der Raditsch-Partei zu gelangen. Die Raditsch-Partei zieht Paul Raditsch aus der Regierung zurück und billigt die Entlassung der Raditsch-Partei zu der Korruptionsaffäre des Rade Raditsch. Ministerpräsident Uzunowitsch hat auf Grund dieser Uebereinstimmung die Demission der Regierung zurückgezogen und an Stelle von Paul Raditsch, dessen Rücktritt vom König genehmigt wurde, den ebenfalls der Raditsch-Partei angehörenden Vizepräsidenten der Stupitschka, Eidenitz, zum Minister für Agrarreform vorgeschlagen.

Die Regierungskrise in Belgien. Brunet verzichtete endgültig auf die Bildung eines neuen Kabinetts. Der König betraute darauf den katholischen Staatsminister Japart mit der Aufgabe der Kabinettsbildung. Japart hat sich seine Entlassung vorbehalten.

Ein Reizenbrand in Rumänien. In Batum wurden durch eine gewaltige Feuersbrunst 500 Häuser im Arbeiterviertel und zahlreiche Fabriken zerstört. Tausende von Einwohnern sind obdachlos. Infolge eines heftigen Sturmes war es unmöglich, das Feuer zu lokalisieren.

Der englische Bergarbeiterverband nimmt die russischen Streikführer an. Der Bergarbeiterkongress der Sowjetunion erhielt vom Sekretär der britischen Bergarbeiterföderation ein Telegramm, worin er um Uebereinstimmung des vom Gewerkschaftsrat der Sowjetunion gesammelten 2.600 000 Rubel an die englische Bergarbeiterföderation gebeten wird.

Neueste Nachrichten.

Besprechung der Regierungserklärung mit dem Reichshauptkammergericht.

T.U. Berlin, 18. Mai. Der Reichshauptkammergericht hat im Laufe des heutigen nachmittags mit den Führern der Reichstagsfraktionen die Regierungserklärung besprochen, die morgen nachmittags 2 Uhr im Reichstag zur Verlesung kommen soll.

Marx über die heutige Kanzlerklärung.

T.U. Berlin, 19. Mai. Ueber die heutige Kanzlerklärung äußerte, wie die „Vossische Zeitung“ meldet, dem Berliner Korrespondenten der „Wiener Neuen Freien Presse“ gegenüber Reichshauptkammergericht Marx gestern folgendes: Die Regierungserklärung wird ganz kurz sein. Auf die schwebenden Fragen werde ich in einzelnen nicht eingehen, von wenigen Ausnahmen abgesehen. Zu diesen Ausnahmen wird vielleicht die Erwerbslosenfrage gehören, die ja von ganz besonderer Wichtigkeit ist. Auch die Flagenfrage wird die Regierungserklärung natürlich betreffen. Sie wird auf den Brief Hindenburgs an meinen Vorgänger Dr. Luther Bezug nehmen und wird dann weiter sagen, daß die Regierung alles aufbieten wird, um eine Lösung der Flagenfrage herbeizuführen, die den Streit

beilegen und eine Einigung herbeiführen kann. Denn auch hier muß natürlich die Einigung das höchste Ziel sein. Das wird, wenn nicht der Wortlaut, so doch der Sinn der Ausführungen über die Flagenfrage in der Regierungserklärung sein. Auch die Flagenverordnung, die den Konflikt mit dem vorherigen Kabinett herbeigeführt hat, werde ich erwähnen und ich habe die Absicht zu sagen, es könne nicht zweifelhaft sein, daß die Verordnung zu Recht besteht. Ich denke, daß damit sich auch die Linke wird einverstanden erklären können. Von der Fürstenabfindung wird die Regierungserklärung wahrscheinlich nicht sprechen, doch hängt dies noch von der Entscheidung des Kabinetts ab.

Ueber die auswärtige Politik werde ich nicht viel zu sagen haben. Was die deutsche Regierung in der gegenwärtigen Politik getan hat, seit ich aus dem Reichskanzleramt geschieden bin, war durchaus in meinem Sinne. Ich bin Anhänger sowohl der Locarnopolitik wie der Völkerverständigungspolitik, die wir betrieben haben. Die Beziehungen Deutschlands zu Oesterreich werde ich pflegen, wie sie meine Vorgänger gepflegt haben. Meiner Ansicht nach freilich ist den Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich am besten gedient, wenn man keine politischen Reden hält, sondern praktische Arbeit verrichtet, praktische Arbeit namentlich auf kulturellem Gebiet. Es handelt sich namentlich darum, die kulturelle Gemeinschaft aufrecht zu erhalten, die zwischen beiden Brudervölkern besteht.

Welche Aufnahme die Regierungserklärung im Reichstag finden wird, bleibt abzuwarten. Die Deutschen Nationalen scheinen sehr ungehalten zu sein über die Abmachungen, die zwischen dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei am Sonntag getroffen worden sind und die die Bildung der neuen Regierung ermöglicht haben. Es könnte also geschehen, daß die Deutschen Nationalen für ein Nichtwählensvotum stimmen. So werden sich die Sozialdemokraten wohl nicht darauf beschränken können, Neutralität zu üben, sondern werden die neue Regierung auch positiv unterstützen müssen. Das Ziel bleibt natürlich die Bildung einer festen Mehrheit für die Regierung. Das sicherste Mittel, dieses Ziel zu erreichen, ist die Große Koalition. Das kann natürlich nicht im Augenblick erreicht werden. Zunächst beabsichtige ich überhaupt so wenig wie möglich Veränderungen vorzunehmen, auch nicht in der Besetzung der Posten meiner nächsten Mitarbeiter. Der bisherige Staatssekretär der Reichskanzlei und der bisherige Reichspressesekretär bleiben im Amt.

Ein sozialdemokratischer Antrag zur Flagenfrage.

T.U. Berlin, 18. Mai. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beabsichtigt, wie die Telunion erfährt, zur Flagenfrage einen Antrag einzubringen, dessen Ziel dahingehend ist, daß die deutschen Missionen im Auslande nur die schwarz-rot-goldene Flagge zu hissen haben. Die Formulierung des Antrags ist aber noch nicht festgelegt wird auch heute noch nicht festgelegt werden, da eine Fraktionsitzung nicht mehr stattfindet.

Wiederaufnahme der deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen.

T.U. Basel, 18. Mai. Die deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen werden am kommenden Dienstag, den 25. Mai wieder aufgenommen werden und zwar in Bern, wohin sich die deutsche Delegation mit den Vertretern der einzelnen Staaten begeben wird. Schweizerischerseits wird betont, daß zwar in wichtigen Gesichtspunkten bereits eine Einigung erzielt worden sei, daß jedoch in anderen Fragen noch große Differenzen bestünden. Auch die Frage des Grenzverkehrs sei bisher noch nicht zur Sprache gekommen. Nichtsdestoweniger hofft man aber, daß in den kommenden Berner Verhandlungen der Abschluß erzielt werden wird.

Englisch-französische Gegenstände in der Schuldenregelungsfrage.

T.U. Paris, 18. Mai. Nach einer halbamtlichen Mitteilung kehrt der französische Finanzminister Peret morgen wieder nach Paris zurück. Der Gedankenaustausch mit dem englischen Schatzkanzler Churchill hat zu keinem greifbaren Ergebnis geführt, sondern die bestehenden Gegenstände noch deutlicher hervortreten lassen. Die Verhandlungen werden auf schriftlichem Wege fortgesetzt. Die Sachverständigen der Bank de France werden vorläufig noch in London bleiben, um die Verhandlungen mit der Bank von England über das Golddepot fortzusetzen, das in einer Höhe von 71 Millionen Pfund Sterling beim Ausbruch des Krieges von der Bank de France bei der Bank von England deponiert wurde.

Mißerfolg Perets in London.

T.U. Paris, 18. Mai. Nach Meldungen aus London hatte Peret heute nachmittags eine zweite Unterredung mit Churchill. Eine offizielle Mitteilung an die Presse wurde um 48 Uhr ausgegeben, doch war bereits um 5 Uhr nachmittags in politischen und finanziellen Kreisen bekannt, daß die Verhandlungen zwischen Peret und Churchill sowohl in der Frage der Schuldenregelung wie in der Erörterung von Krediten mit einem Misserfolg geendet haben.

Kapital und Arbeit in Italien. Ein neues Gesetz Mussolinis.

T.U. Rom, 19. Mai. Der gestrige Ministerrat hat dem Gesetz, das die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit regelt, definitive Form gegeben und Ausführungsbestimmungen dazu erlassen. Nach dem Gesetz werden 15 einzelne nationale Körperschaften gegründet. Sie umfassen die Körperschaften der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels, des Landtransportwesens, der Banken und freien Berufe. Die 15 Körperschaften werden in drei Generalkongressen zusammengefaßt, in die der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der freien Berufe. Den einzelnen Körperschaften kommt die Regelung der Arbeitsverträge zu, den Generalkongressen die Wahrung der Landesinteressen. Das neue Ministerium der Korporationen wird von Mussolini selbst übernommen. Die faschistische Presse bezeichnet dieses Gesetz als den Schlüsselfein im

Aufbau des faschistischen Staates. Welche Bedeutung die Regierung dem Gesetz beimisst, geht daraus hervor, daß Mussolini zum Gesetz ein öffentliches Manifest erlassen wird.

Turnen Spiel und Sport.

Göhwanderung und Göhfeier.

Alljährlich am Himmelfahrtstage unternahmen fast sämtliche Vereine der Deutschen Turnerschaft mit ihren verschiedenen Abteilungen größere oder kleinere Wanderungen. Alle Turner und Turnerinnen ebnen durch diese Wanderungen ihren verstorbenen Führer, Dr. Ferdinand Göh. Dieses Jahr erhielt dieser Wandertag, der Göhwandertag, ein besonderes Gepräge, wurde er doch wenige Tage vor dem 100. Geburtstag von Göh durchgeführt. Die Erinnerung an den wackeren alten Turnkämpfer im weißen Parte ist wohl allen Mitgliedern der Deutschen Turnerschaft durch die Vereinsleitungen am Himmelfahrtstag besonders mahgerufen worden.

Auch der hiesige Turnverein unternahm an diesem Tage eine Wanderung in 2 Abteilungen nach dem Pfalzberg, die unter zahlreicher Beteiligung einen schönen Verlauf nahm. Ebenso wanderte der Schülerturnwart des Vereins mit seinen Schülern ins schöne Albtal.

Der 2. Pfingstfeiertag (24. Mai) wird ein besonderer Ehrenfesttag für Dr. Ferdinand Göh werden. Die Deutsche Turnerschaft

enthüllt an diesem Tage, der zugleich der 100. Geburtstag des zu Ehrenenden ist, in Leipzig-Lindenau im Garten des bekannten Göhhauses das neugeschaffene Dr. Göh-Denkmal. Die sächsischen Turner werden größten Anteil an dieser Feier nehmen. Der Kreisrat, alle sächsischen Gauen und die meisten der Turnvereine des Turnkreises Sachsen werden mit ihren Fahnen an der Weihe und Enthüllung des Denkmals teilnehmen, aber auch viele Fahnenabordnungen aus dem Reiche. Am 24. Mai oder in der Pfingstwoche sollen alle sächsischen Turnvereine Gedenkfeiern für Dr. Göh abhalten. In diesen Feiern soll den Turnern und Turnerinnen, vor allem aber der Turnerjugend, die Göh vielfach nur dem Namen nach kennt, das Wirken und Walten von Vater Göh wieder nahegebracht werden. Selbst in seiner Sprache soll er wieder einmal zu unseren Turnern sprechen, denn nicht allein sein Name, sondern auch sein großes Werk und sein herrlicher Geist müssen in der Deutschen Turnerschaft lebendig bleiben, besonders aber in der engeren Heimat und dem engeren Vaterlande von Dr. Göh, im Turnerkreis Sachsen. Die sächsischen Turnvereine sollen an den Tagen der Göhfeier durch eine besondere Sammlung zugunsten sächsischer Turnvereine im Sinne der Dr. Göh-Stiftung, die schon manchen Turnhallen bauenden Verein hilfreich unterstützt hat, tätig sein und ihre Dankbarkeit dem alten Turnwater Göh gegenüber dadurch zum Ausdruck bringen. „Gut Heil!“

Lichte Büffel-Beize. Auch ein gewöhnlicher Beschäftigter soll heute einen wohnlichen Anstrich haben und sich leicht und auch möglichst billig im Stand zu halten sein. Die Ansprüche der modernen Hausfrau befriedigt am vollkommensten die „lichte Büffel-Beize“. Sie besitzt die denkbar größte Farbhöhen und Treppen mit ihren lichtvollen, warmgetönten Farben und ihrem parkettähnlichen Glanz einen vornehmen, fast häuslichen Anstrich. Sie läßt sich dabei spielend leicht auftragen und glänzen und ist von größter Ausgiebigkeit. Tägliches Wahren und gelegentliches Aufwischen und Nachbürsten genügen. Die Wände immer sauber und schön in Glanz und Farbe zu halten. Die Hausfrau, die Büffel-Beize verwendet, braucht weniger Bodenbeize als früher, muß seltener putzen, spart also ihre Gesundheit. Die lichte Büffel-Beize ist in allen Farben schattiert in zwei Sorten, Gelb-Beize und Rot-Beize, beide leicht, beide nachweisbar, zu erhalten.

Mittelmäßiges Wetter für Donnerstag.

Ueber Mitteleuropa liegt noch ein Tiefdruckgebiet, während im Westen ein Hochdruck aufkommt. Für Donnerstag ist immer noch unbeständiges, zeitweilig bedecktes und vereinzelt regnerisches, aber auch teilweise aufklärendes Wetter zu erwarten.

Maul- und Klauenseuche.
In Hagsfeld ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.
Sperrbezirk ist das verheudete Gehöft.
Beobachtungsgebiet ist der übrige Teil der Gemeinde.
Die Gefahrezone umfaßt alle Gemeinden des 15 km Umkreises.
Karlsruhe, den 17. Mai 1926. (D.-S. 103.)
Bad. Bezirksamt — Abt. II b.

Durlach. Handelsregister A. Eingetragen am 12. Mai 1926 zu Firma S. Deß & Co. mit Sitz in Durlach: Die Gesellschaft ist durch Ausschreiben der bisherigen persönlich haftenden Gesellschafter Hannu Deß und Siegfried Huben aufgelöst. Mit ihrer Einwilligung führt Kaufmann Julius Deß in Durlach die Firma unter der bisherigen Bezeichnung als alleiniger Inhaber weiter.
Amtsgericht.

Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma K. Kehler G. m. b. H. in Durlach ist aufgehoben worden, da der im Termin vom 26. Februar ds. J. angenommene Zwangsvergleich rechtskräftig bestätigt ist.
Durlach, den 14. Mai 1926.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Das Amtsgericht Durlach hat durch rechtskräftiges Urteil vom 17. März 1926 erlannt:
Die Angeklagten Karl Becker jr. und Julius Becker beide aus Bergheim und daselbst wohnhaft, werden wegen gemeinschaftlich begangenen Vergehens der Nahrungsmittelfälschung zu einer Geldstrafe von je 75 — M., im Falle der Unbeibringung zu einer Gefängnisstrafe von je 7 Tagen verurteilt. Das Urteil ist auf Kosten der beiden Verurteilten durch einmaliges Einrücken im Durlacher Tageblatt und durch Anschlag an der Gemeindefeier in Bergheim während einer Woche zu veröffentlichen.
Durlach, den 17. Mai 1926.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Sundesteuer.

Jeder über 3 Monate alte Hund ist vom Besitzer in der Zeit vom 1. bis 15. Juni ds. J. beim städtischen Rechnungssamt — Rathaus, Zimmer 9 — anzumelden. Gleichzeitig ist die monatliche Steuer und der Gemeindezuschlag mit insgesamt RM. 30.— für den ersten und RM. 60.— für jeden weiteren Hund zu entrichten.

Für den Stadtteil Aue kann die Anmeldung auf dem Gemeindefretariat erfolgen.
Ueber 3 Monate alte Hunde, welche erst nach dem 15. Juni 1926 in Besitz genommen oder in den hiesigen Bezirk eingebracht werden, sind innerhalb 4 Wochen nach der Besitzergreifung oder Einbringung, Hunde, welche erst nach Ablauf der Anmeldefrist das Alter von 3 Monaten erreichen, innerhalb 4 Wochen nach diesem Zeitpunkt, anzumelden.

Wer vorstehenden, sowie den sonstigen zur Leberwachung und Sicherung der Abgabe erlassenen Vorschriften zuwiderhandelt, wird, sofern nicht Steuerhinterziehung vorliegt, mit einer Geldstrafe bis zum einfachen Betrag der Steuer und des Zuschlags bestraft.
Die Hinterziehung der Hundsteuer und des Gemeindezuschlags wird mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen des hinterzogenen Betrages bestraft. Neben dieser Geldstrafe ist die Steuer nachträglich zu entrichten. Hunde, für welche die Steuer nicht rechtzeitig bezahlt wird, können eingezogen werden.
Durlach, den 17. Mai 1926.
Der Oberbürgermeister.

Konkursversteigerung.

Donnerstag, den 20. ds. Mts. vormittags 9 Uhr werden im Pfandlokal in Durlach, Hauptstraße 9, gegen bar versteigert:

Seiden- und Gummiband, Frisoletband, Sädel- und Stoppgarn, Knöpfe, Nadeln, Schuhbänder, Schablonen, Lederbündel, Fräslinge, Stoppband, Korsettstübe, Krageneinlagen, Kragen, Brüste, 43 Paar Gummihöhen und Unterlagen und sonst verschiedene Kurzwaren.
Der Konkursverwalter:
Lair.

Rackern Sie sich nicht so ab!

Schmieren Sie nicht, wie selbster oft, nur eine kaum glänzende Farbschicht auf die andere, sondern behandeln Sie den Boden mit LOBA-Beize. Das ausgetrocknete Holz lebt auf, bekommt leuchtende Farben, freundlichen Glanz und die Maserung tritt in alter Schönheit wieder hervor. Die Böden und Treppen spiegeln Ihre Hausfrauengenden wider mit

Lova Beize, die wasserechte.



Palmol!
das reine Cocosfett
zum Kochen, Braten u. Backen.
Alleinige Hersteller
H. SCHLINCK & Co. A.-G.
HAMBURG.

Betreffs Warnung in Nr. 112 bemerke ich, daß die Frau im Saal als Verbreiterin der Gerichte nicht in Betracht kommen.

Kochanekli.

8 tang!

Bringe mein Maler, Läufer und Tapetiergeschäft in empfehlende Erinnerung.
Hochachtungsvoll
Friedr. Fein Kalermitr.
Jägerstraße 1, 3. Stock.

Möbel-Reparaturen.

Alle Eichen- oder Buchbaummöbel, gebeizt oder poliert, werden wie neu bei billiger Berechnung hergerichtet.
Näheres
Lammstr. 9, 2. Stk.
Wer erzieht
Klavier- oder Violinunterricht
Angebot m. Honorar unt. Nr. 223 an den Verlag.

Lehrling

mit gutem Schulzeugnis gesucht.
Central-Drogerie
Paul Bogel

Unterkunftsraum

für Motorrad m. Seitenwagen möglichst Wohnhöhe gesucht. Offert. unt. Nr. 223 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Gut möbl. Zimmer

mit oder ohne Kost zu vermieten. Zu erfragen im Verlaa.



Der schwarze Engel
Morgen wird
geschlachtet.
Straus zur Sonne.

Zurückgekehrt
Dr. Brilmayer
Facharzt für Nerven u. Gemütsleiden
(Seelische Heilbehandlung)
Karlsruhe, Kaiserstraße 247
— Telefon 1955 —
10-1, 4-6, Samstags 10-1.

WERKSTÄTTE FÜR Qualitätskorbmöbel
RIFTEL
am Ludwigsplatz
KARLSRUHE.

Lehter Waggon
tannene Bohnenstangen
(Bodenkammchen)
2 1/2-3 m lang zu RM. 10.— per Hundert
3-4 m lang zu RM. 13.— per Hundert
sind eingetroffen. Dieselben werden morgen Donnerstag vormittags von 8 Uhr an auf meinem Lager am Güterbahnhof abgegeben.
Andreas Gelter, Durlach-Aue
Telephon 203.

Volksbank Durlach
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung
empfiehlt ihre Dienste zur
Ausführung aller bankmässigen Geschäfte
sowie zur
Annahme von Spareinlagen
von jedermann bei Vergütung der höchsten Zinssätze.
Telephon 24 und 25.

Elederkrantz
Durlach.
Donnerstag abend 7/9 Uhr
Stargunde.
Rollstuhliges Erscheinen ist dringend erwünscht.
Der Vorstand.
H. C. Germania
1892 Durlach.
Donnerstag, den 20. Mai 7/9 Uhr Saalfabren der Damen und Herren. Damen die Tonrenräder mitbringen.
Bis 10 Uhr Sonntag vorm. 6 Uhr Treffpunkt Salterelle Bahnhofs 3 Wanderton Gagenau - Ueberholten - Ditenhöfen Abfahrt ab Karlsruhe 6:40 Mühlhans abends 10 Uhr. Tagesverpfligung mitnehmen.
Der Vorstand.

Berkehrsverein Durlach.
An den Verkehrsverein wurde der Antrag gestellt, in hiesiger Stadt einen Großmarkt für Gemüse und Obst ins Leben zu rufen. Es werden deshalb alle Interessenten zu einer Aussprache auf
Donnerstag, den 20. Mai d. J. abends 8 1/2 Uhr
in das Nebenzimmer zur Blume eingeladen.
Im Interesse der Sache wird um reichliches Erscheinen aller Interessenten gebitten.
1. Durlacher Schwimmverein 1906
— G. S. —
Am Freitag, den 21. Mai, abends 7 Uhr, beginnen wieder unsere Neuzugabe bei im hiesigen Schwimmbad für beide Abteilungen. Bei ungünstiger Witterung Gymnastik (nach Ende Regen Besuch) erwartet.
Der Vorstand.
Am 18. Juli begeht der 1. Durlacher Schwimmverein sein 20jähriges Jubiläum mit großer Schwimmparty. Die verehelichten Vereine von hier werden hiermit gebeten, obigen Termin möglichst unseres Festes herbeizuführen und von einer Veranstaltung an diesem Tag Abstand nehmen zu wollen.
Der Gesamtvorstand.

Donnerstag, den 20. Mai, 8 Uhr abends, spricht der bek.
Graphologe Direktor Runge
über
„Wissenschaftl. Charakterbeschreibung auf Grund der Handschrift“
in der Lessingsschule (Saal 2) Karten 1.10 Hören! Staunen!

Freibank.
Morgen Donnerstag vormittags 7 Uhr:
Schönes fettes Kuhfleisch

Der Traum jeder Frau:
Eine hübsche Bluse



Beyers Blusenheft
bringt 60 neue, praktische, kleidsame Modelle. Reichhaltiger Schnittbogen liegt bei.
Preis M. 4.20
Überall erhältlich, wo nicht, direkt zu beziehen vom
Verlag Otto Beyer
Leipzig 7.

Ein leichter Wagen
für Einspänner-Kuhwagen zu verkaufen
Durlach-Aue Lindenstr. 32
2 hornlose Ziegen, eine mit Jungen, zu verkaufen
Wolfsartswieher, Hauptstr. 7.

Insenerfren bringt Erfolg